

„Die Krise und die Investitionen in den Klimaschutz müssen durch Anleihen mit unbegrenzter oder zumindest sehr langer Laufzeit von 50 oder 100 Jahren finanziert werden.“

**Der Ökonom Daniel Cohen und der Genossenschaftsbanker Nicolas Théry stellen in einem Gastkommentar in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ fest, dass wir vor den Scherben der „neoliberalen“ Welt stehen. Sie regen die massive Auflegung langfristiger Staatsanleihen an, angekauft von der EZB.**

*Erschienen am Dienstag, dem 21. April 2020, in Le Monde*

**Gastkommentar** Große Krisen können bisher nicht hinterfragte Überzeugungen schnell über den Haufen werfen. So kam es in den 1930er Jahren zur Implosion des wirtschaftlichen Liberalismus, der uns seit dem 19. Jahrhundert begleitete. Mit dem Ende des Wirtschaftswunders, den Inflationsschüben und der Ölkrise in den 1970er Jahren wurde der Keynesianismus durch einen Neo-Monetarismus in Frage gestellt, der den Staat und die staatlichen Interventionen für die Entwicklungen verantwortlich machte.

Im Zuge der aktuellen Gesundheitskrise wurden bereits mehrere in Europa verwurzelte Maximen über Bord geworfen: Der lange Zeit absurde europäische Stabilitätspakt, der die volkswirtschaftliche Lage der Länder nicht wahrhaben wollte; das Bekenntnis zu Staatshilfen, das jeden umfassenden staatlichen Eingriff in die Schlüsselbranchen der Wirtschaft verbietet; die fehlende Rolle des Geldes bei der Verwaltung staatlicher Angelegenheiten...

Die von Margaret Thatcher und Ronald Reagan erfundene neoliberale Welt hat der Coronavirus ausgelöscht. Etwas Neues muss her. Dazu müssen zunächst einmal die Staaten das Heft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstrategie in die Hand nehmen. In den vergangenen Wochen gelang es ihnen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, indem sie sich auf zwei Ansätze konzentrierten: Die Finanzierung von Unternehmen, um sie vor dem Absturz zu bewahren, und die Schaffung einer Art Grundeinkommen durch Kurzarbeit (obwohl dabei vor allem Selbstständige und Arbeitnehmer in prekären Situationen komplett außen vor bleiben).

### **Revival des Staates**

Niemand zweifelt daran, dass staatlich verbürgte Kredite zumindest teilweise vom Staat zurückgezahlt werden müssen und die Schulden der Unternehmen in Eigenkapital umgewandelt oder sogar erlassen werden müssen. Diese Maßnahmen wünschen sich sogar die Franzosen, die sonst staatlichem Handeln grundsätzlich misstrauisch gegenüber stehen.

Die Krise macht klar, wie wichtig es ist, dass der Staat die in den vergangenen Jahren vernachlässigten Grundsatzaufgaben wahrnimmt: Investitionen in das Gesundheitssystem, und zwar sowohl in Krankenhäuser als auch in Pflegedienste; staatliche Trägerschaft von Pflegeheimen, die für einige wenige

ein Luxusdomizil und für die große Mehrheit eine Sterbeklinik sind; Erhöhung der Mittel für Bildungsinstitutionen und Hochschulen, um Ungleichheit zu bekämpfen; Einrichtung eines bedingungslosen Grundeinkommens; Umsetzung der Vorschläge des Klima-Bürgerrates „Convention citoyenne pour le climat“, damit nicht wieder ein Wirtschaftssystem entsteht, das mit der Zukunft der Menschheit nicht vereinbar ist.

Aber woher soll das Geld kommen? Diese Frage wiederum lässt einen harten Sparkurs befürchten, sobald die Gesundheitskrise überwunden ist. Steuern bleiben selbstredend notwendiger denn je, um den Fortbestand des Staates zu sichern: Auf Pump kann er seine lebenswichtige Verantwortung in den Bereichen Bildung, Gesundheit und nationale Solidarität nicht übernehmen...

### **Entscheidende Rolle der Europäischen Zentralbank**

Aber die Krise, die wir gerade durchleben, und die Dringlichkeit des Klimawandels stellen ganz andere Fragen. Hierfür ist eine gezielte Finanzierung erforderlich, die es dem Staat ermöglicht, zu reagieren, ohne seinen Betrieb und seinen Handlungsspielraum einzuschränken. Die Antwort ist bekannt: Diese Krise muss über die Europäische Zentralbank (EZB) finanziert werden. Aber diese Lösung scheint ihre Anhänger zu stören, die darin eine Beschneidung ihrer Unabhängigkeit sehen, aber auch ihre Kritiker, denen sie sowieso ein Dorn im Auge ist.

Dabei zeigt die Unterstützung, die die EZB den Staaten bieten kann, dass diese Lösung bereits Realität ist. Das kann aber nicht klammheimlich geschehen, unter dem Deckmantel spontaner Argumente zur ordnungsgemäßen Weitergabe geldpolitischer Maßnahmen. Diese Unterstützung muss explizit und theoretisch untermauert sein. Und sie muss Teil einer globalen Antwort sein, auf Basis einer verstärkten Kooperation zwischen Währungs- und Finanzbehörden.

Vielleicht hilft ein Blick in die Geschichte. Die Krise der 1930er Jahre war das Ergebnis wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen, die Ökonomen seitdem umfassend analysiert haben: Sparpolitik in Deutschland und den USA bis 1933; viel zu restriktive Geldpolitik, vor allem in den USA, wo die Federal Reserve den Konkurs von fast der Hälfte aller Handelsbanken zuließ...

### **Deflationsrisiko statt Inflationsrückkehr**

Der Ökonom und Historiker Barry Eichengreen hat aufgezeigt, dass diese tragischen Fehler allesamt von einer absurden Furcht vor einer Rückkehr der Inflation bestimmt wurden. Nach dem Trauma der Hyperinflation von 1923 wurde Deutschland aus Angst davor von einer neuen Krise heimgesucht. Die USA wollten – zwar in geringerem Umfang, aber mindestens genauso halsstarrig – die monetäre Vorkriegsordnung im Namen der Preisstabilität schützen.

Die tragische Ironie dabei ist, dass diese Inflationsangst die Regierungen beschäftigte, während sie eine fantastische Deflation erlebten: Zwischen 1929 und 1932 gaben die Preise um über 30 Prozent nach!

Es besteht durchaus Grund zu der Annahme, dass das Deflationsrisiko erneut deutlich größer ist als die Gefahr einer Rückkehr der Inflation, die einige bereits vorhersagen. So wie in Japan seit fast dreißig Jahren sind die Zinsen inzwischen auch in Europa sehr niedrig, ja zu niedrig, und alles weist darauf hin, dass dies auf längere Sicht so bleiben wird.

### **Eine Welt der Kooperation und der Solidarität ist möglich**

Heute liegt die Rendite zehnjähriger französischer Staatsanleihen bei null und kostet unseren Staatshaushalt rein gar nichts. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die aktuellen Finanzierungsbedingungen von Dauer sind. Darauf beruht unser Vorschlag. Wir müssen die momentane Krise und die Investitionen in Klimaschutz durch Anleihen mit unbegrenzter oder zumindest sehr langer Laufzeit von 50 oder 100 Jahren finanzieren, und zwar mit einer Rendite so niedrig wie angesichts der aktuellen Lage zulässig.

Damit diese Übung gelingt, ist die Mitwirkung der EZB entscheidend. Sie muss sich zum Ankauf der in dieser Form ausgegebenen Anleihen verpflichten. Das schützt die von der Krise am härtesten getroffenen Staaten ebenso wie diejenigen, die gegen den Klimawandel kämpfen wollen. Die EZB darf sich aus den großen Fragen unserer Zeit nicht heraushalten. Sie muss dem Gebot der Stunde Rechnung tragen und dabei ihren Stabilitätsauftrag wahren und die Inflation in einer Größenordnung von 2 Prozent halten. Dies wird auch keineswegs in Frage gestellt, ganz im Gegenteil: Jetzt geht es darum, ihr dabei zu helfen, ihren Auftrag zu erfüllen.

Aber um das zu tun, kommen wir nicht umhin, die Gewissheiten, die vor der Krise Bestand hatten, in Frage zu stellen. Es geht nicht darum, die Welt, die uns hinterlassen wird, bis auf die Grundmauern niederzubrennen, sondern sie im Lichte der Anforderungen dieses Jahrhunderts neu aufzubauen. Die neoliberale Welt ist tot. Eine Welt der Kooperation und der Solidarität ist möglich.

**Von Daniel Cohen** (Leiter der wirtschaftlichen Fakultät der École normale supérieure) und **Nicolas Théry** (Vorstandsvorsitzender Crédit Mutuel)